

Politik

Gegenwind für Sigmar Gabriel

Der SPD-Vorsitzende hat es geschafft, Personaldebatten aus dem Weg zu gehen, doch in der Partei grummelt es

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

Berlin. So viele Rücktritte nach einer Bundestagswahl hat es noch nie gegeben – bei der FDP ist kaum ein Politiker übrig, der Verantwortung übernehmen kann. Und auch bei den Grünen hagelt es geradezu Rücktritte. Bei der SPD tut sich hingegen beim Spitzenpersonal wenig. Es scheint so, als ob die alte Führungsriege auch die neue ist. Nur der gescheiterte Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist derzeit noch ohne herausgehobene Funktion. Allerdings hält sich das Gerücht, dass er Fraktionschef werden könnte, falls Frank-Walter Steinmeier doch noch ins Kabinett eintritt. Vorerst ist Steinmeier als Fraktionschef mit beeindruckenden 91 Prozent wiedergewählt worden.

Auch der Parteichef ist nach wie vor der alte. Dabei ist vor allem Sigmar Gabriel dafür verantwortlich, dass sich die SPD im Wahlkampf inhaltlich auf das Thema soziale Gerechtigkeit konzentriert hat. Und es war Gabriel, der Steinbrück als Kanzlerkandidat ins Gespräch gebracht hat. Dass die strategischen Überlegungen des Vorsitzenden zum Erfolg geführt hätten, behauptet aber niemand: Zu dürrig ist der Zugewinn von gerade mal 2,7 Prozent.

Gabriel ist an einer tiefgründigen Wahlanalyse nicht gelegen. Deshalb wurde das Thema bei der Sitzung des Parteivorstands am vergangenen Montag nur gestreift. Während der Debatte äußerte sich Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil kritisch: Er habe von Gabriel gehört, so Weil, dass das Programm gut gewesen sei, und auch der Wahlkampf sei gut gewesen. „Ja, an irgendetwas muss es ja gelegen haben“, ergänzte Weil spitz. Das wurde als unterschwellige Drohung verstanden, dass eine Personaldebatte noch keineswegs vom Tisch ist. Während des Wahlkampfes hielt sich hartnäckig das Gerücht, dass die SPD-Ministerpräsidenten Hannelore Kraft, Olaf Scholz und Stephan Weil einen Putsch gegen Sigmar Gabriel im Sinn hätten. Das scheint sich vorerst erledigt zu haben. Für Gabriel ist es eine Chance, dass jetzt ein ganz anderes Thema in den Vordergrund rückt: Soll die SPD mit CDU und CSU Sondierungsverhandlungen über eine große Koalition aufnehmen? Das Thema ist nach dem Absturz auf 23 Prozent nach der Großen Koalition mit Angela Merkel (CDU) sehr umstritten. Dieses Mal kann sich die SPD auch nicht damit trösten, der Union auf Augenhöhe zu begegnen. Es bliebe ihr nur die Rolle des Juniorpartners, da die CDU fast 16 Prozent mehr Wählerstimmen erhalten hat. „Für eine richtige Wahlanalyse gibt es keine Zeit“, sagt auch der SPD-Abgeordnete Achim Post aus Minden-Lübbecke. „Gabriel muss jetzt den Laden zusammenhalten und ein Verfahren organisieren, wie mit der Lage umzugehen ist.“

Dem dient heute ein Konvent mit rund 200 Delegierten hinter verschlossenen Türen im Willy-Brandt-Haus. Vollkommen offen ist das Ergebnis. Vorgesehen ist zunächst eine Bestandsaufnahme. Die Landesverbände erzählen, wie es bei ihnen aussieht nach der Wahl. Das kann dauern. Möglich ist es, dass überhaupt keine weiteren Beschlüsse gefasst werden und der Konvent bald noch einmal einberufen werden muss. Besonders stark ist der Widerstand gegen eine große Koalition bei der SPD in Nordrhein-Westfalen – auch größer als in Niedersachsen, wo sich immerhin drei Genossen für ein Ministeramt warmlaufen: Thomas Oppermann, Hubertus Heil – und Gabriel selbst.

Eine schwarz-rote Regierung verkleinere die Chancen der SPD bei der Kommunalwahl in NRW am 25. Mai 2014, heißt es bei den Genossen in Düsseldorf. Doch geht es für Kraft auch darum, die Preise hochzutreiben. Das klamme Bundesland erwartet sich neue Mittel für die Landeskasse durch eine große Koalition, heißt es hinter den Kulissen.

Aber vielleicht versucht Kraft auch, Gabriel Grenzen aufzuzeigen. Damit er sich nicht einfach in eine Koalition stürzt, um für sich selber eine günstige Ausgangsbasis für die Wahl 2017 zu schaffen. Hannelore Kraft könnte ja daran denken, 2017 selber in den Ring zu steigen. Die Lage wäre dann für die SPD schon deshalb erfreulicher, weil niemand damit rechnet, dass Merkel noch einmal antritt.

Bei den Konventen geht es eventuell auch darum, wie die Mitglieder an den Sondierungsgesprächen beteiligt werden. Das hält Achim Post für wichtig, „weil Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles einst mit dem Versprechen auf eine neue Beteiligungskultur angetreten sind“. Es könnte sein, dass ein Koalitionsvertrag in einem Mitgliederentscheid bestehen muss.

Bei der SPD ist es noch nicht ausgemacht, dass die Funktionäre den Weg für eine große Koalition freimachen. Am hartnäckigsten fällt der Widerstand in NRW aus. Hannelore Kraft mauert – aus vielerlei Gründen.

© 2013 Neue Westfälische
14 - Lübbecke (Altkreis), Freitag 27. September 2013